

MEHR WISSEN ÜBER DEN KAPITALMARKT



Warum bereits junge Menschen mehr Informationen über das Ansparen benötigen und was es insgesamt braucht, um den Aktienmarkt zu stärken.

Österreichische Post AG,
MZ 032034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



INTERNATIONAL CORNER
Faire Regeln für
eine neue Weltordnung

Seite 2



FACHKRÄFTE
Trotz Krise sucht die
Industrie dringend Fachkräfte

Seite 5



STEIERMARK
JI-Aktionsmonat
gegen Fachkräftemangel

Seite 10

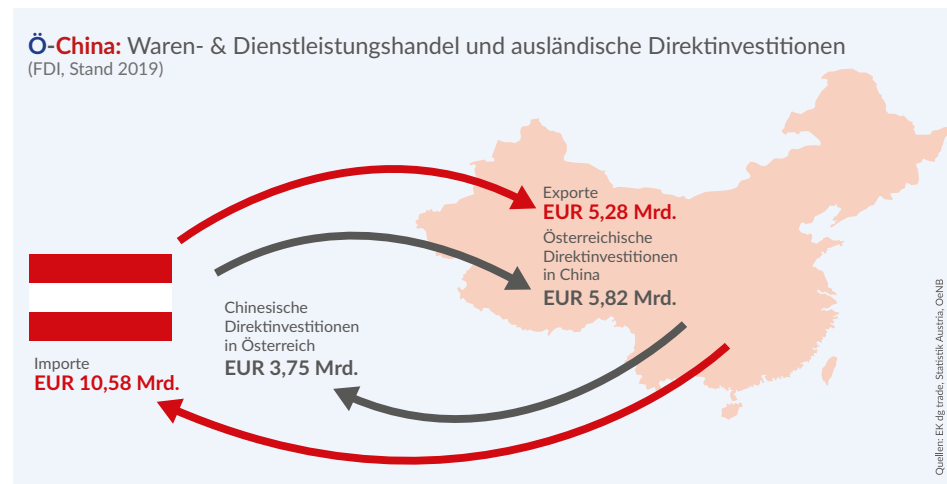
Faire Regeln für eine neue Weltordnung

Wie das EU-China-Investitionsabkommen eine Chance für Europa sein kann und an welchen weiteren handelspolitischen Schrauben gedreht werden sollte, haben IV-Experten für internationale Beziehungen & Märkte analysiert.

China wird die USA bereits 2028 als größte Volkswirtschaft der Welt ablösen – und damit fünf Jahre früher als erwartet. Die Prognose des britischen Centre for Economics and Business Research sorgte zu Jahresbeginn für Schlagzeilen. Nicht minder aufsehenerregend und historisch wohl einzigartig ist der kometenhafte Aufstieg des Reichs der Mitte in gerade einmal 40 Jahren: Seit 1980 ist Chinas Anteil am weltweiten BIP von zwei auf 20 Prozent gestiegen.

Besserer Marktzugang, Schutz geistigen Eigentums

Was bedeutet das für Europa und vor allem für das Exportland Österreich? Immerhin führen nicht weniger als 650 heimische Unternehmen Niederlassungen in China, davon rund 250 mit Produktionsstätten. Welche Chancen und Risiken sind mit dem dramatischen wirtschaftlichen Wandel verbunden? So groß die wirtschaftlichen Möglichkeiten, so notwendig ist auch der Handlungsbedarf. Denn die aktuellen Wettbewerbsregeln spiegeln eine veraltete Weltordnung wider und müssen dringend an die neuen geo- und wirtschaftspolitischen Realitäten angepasst werden. Benachteiligter Zugang für Firmen zu wichtigen Märkten, erzwungene Technologietransfers, unlautere staatliche Subventionen etc. – für heimische



China ist ein wichtiger Handelspartner für Österreich. Etwa 650 österreichische Unternehmen haben Niederlassungen in China, davon rund 250 mit Produktionsstätten. Rund 100 chinesische Unternehmen sind in Österreich aktiv (in Form von Niederlassungen oder durch Beteiligungen).

Unternehmen ist der internationale Wettbewerb derzeit nicht immer fair, lautet die Analyse der IV-Experten.

Transparenz bei Subventionen

Gegensteuern soll ein Investitionsabkommen, auf das sich EU und China bereits grundsätzlich verständigt haben und das Anfang nächsten Jahres beschlossen werden könnte. Jedenfalls berücksichtigt es wesentliche Ziele, auf die auch Österreichs Industrie gedrängt hat: besserer Marktzugang für europäische Unternehmen, etwa

bei Telekommunikation, Banken und Versicherungen, sowie mehr Schutz geistiger Eigentumsrechte oder erhöhte Transparenz bei Subventionen. Ebenfalls wichtig: China bekennt sich im Abkommen zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Das ist aus zwei Gründen essenziell: Einerseits hilft es dem globalen Klima, denn China ist weltweit der größte CO₂-Emittent. Pro Kopf und Jahr stoßen chinesische Bürger rund 7,5 Tonnen CO₂ aus und damit mehr als EU-Bürger (6,8 Tonnen CO₂). Andererseits sorgt das auch für faire Wettbewerbsbedingungen für

Unternehmen („Level Playing Fields“), die im klimafreundlicheren Europa produzieren und Arbeitsplätze sichern.

Das Investitionsabkommen wäre ein wichtiger Baustein für fairen Wettbewerb mit China. Insgesamt muss die Zusammenarbeit auch in internationalen Organisationen vertieft werden: Auf WTO-Ebene wäre Chinas Beitritt zum „Government Procurement Agreement“ notwendig. Hier wird das öffentliche Beschaffungswesen geregelt. Ebenso sollte der weltweit größte Stahlproduzent China wieder im „Global Forum on Steel Excess Capacity“ der OECD und G20 mitarbeiten, um Überkapazitäten im Stahlbereich entgegenzutreten. Handlungsbedarf gibt es auch beim EU-Wettbewerbs- und Beihilfenrecht: Wenn EU-Drittstaaten ihren Unternehmen mit staatlichen Subventionen einen Vorteil bei der Auftragsvergabe verschaffen, muss gegengesteuert werden. Ebenfalls nötig: mehr Reziprozität bei Marktzugang für Waren, Dienstleistungen und Subventionen.

Europäische Unternehmen sind beim Handel mit China benachteiligt. Das gefährdet Arbeitsplätze, Lebensqualität und Wohlstand hier in Europa. Ebenso wie beim Fußball die Regeln permanent aktualisiert werden, sind auch in der Handelspolitik laufend Reformen notwendig.

GASTKOMMENTAR

Marktwirtschaft gegen das Virus

Die staatliche Planung der Corona-Impfungen führt zu Chaos – mit marktwirtschaftlichen Instrumenten könnten die besonders mobilen Teile der Gesellschaft zum Nutzen aller geschützt werden.

Das Planwirtschaft nicht funktioniert, sollte sich spätestens ab dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa 1989 herumgesprochen haben. Hat es aber nicht. Nicht einmal an die Spitzen eigentlich von konservativen Parteien geführter Staaten wie Österreich und Deutschland. Diese Länder erlebten in den vergangenen Monaten wöchentlich, manchmal auch innerhalb von Tagen erneuerte Impfpläne, die dann – Überraschung! Überraschung! – innerhalb kürzester Zeit verworfen werden mussten.

„Impf-Chaos“ titelten nicht nur österreichische Medien: Hier, wie in Deutschland, wurden alle möglichen „Schuldigen“ dafür gesucht (und angeblich gefunden): Das „Vordrängen“ Einzelner wurde ebenso genannt wie die ferne EU-Bürokratie, der Föderalismus ebenso wie das Gewinnstreben der pharmazeutischen Industrie.

Regelmäßig wurde gefordert und von Politikern versprochen, dass den Verzögerungen beim Impfen durch bessere, detailliertere und konsequenter umgesetzte Planung beizukommen wäre: Wer darf, wer soll, wer muss rasch geimpft werden – und was soll daraus für die glücklich Geimpften folgen? Die Betroffenen, von denen einige gar nicht, andere dafür möglichst bald gegen das Corona-Virus geimpft werden wollen, werden sicherheitshalber nicht

gefragt – sondern auf eine überforderte Registrierungs-Bürokratie verwiesen.

Vielleicht kann man die Politiker, die hilflos betauern, ohnehin ihr Bestes zu tun, daran erinnern, dass das Beste, was Politiker tun können, eine demütige Relativierung der

„Der Staat hat in einer Krise bedeutende Aufgaben. Aber er kann sie nicht alle selbst lösen – manches kann die Marktwirtschaft besser.“

an den Staat herangetragenem Allmachtvorstellungen ist. Ja, der Staat hat in einer Krise bedeutende Aufgaben. Aber er kann sie nicht alle selbst lösen – manches kann die Marktwirtschaft besser. Ein wenig wurde diese ja auch in der Beschaffung der Corona-Impfstoffe erprobt – und sie hat

sich ausgezeichnet bewährt: Die EU hat als Großabnehmer einen guten Einkaufspreis für die Impfstoffe ausverhandelt, die Unternehmen liefern, was für diesen Preis eben möglich ist. Gut so, richtig so – und in den kommenden Wochen wird mehr Impfstoff geliefert werden, als in der EU überhaupt verimpft werden kann.

Natürlich kann auch die Marktwirtschaft nicht alles. Aus gutem Grund präferiert man im deutschen Sprachraum eine soziale, womöglich öko-soziale Marktwirtschaft. Bezogen auf die Impfstoffverteilung hieße das: Man muss durchaus planvoll Vorsorge treffen, dass besonders gefährdete Personen Zugang zur Impfung haben – aber selbst da kann man von der Wirtschaft lernen. Versicherer wissen Risiken nach Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit zu bewerten. Also: Ja, alte Menschen laufen Gefahr, bei einer Corona-Erkrankung schweren Schaden zu nehmen – aber sie haben auch weniger riskante Kontakte, bei denen Ansteckung drohen würde.

Manager und Politiker, Außendienstmitarbeiter und Pflegekräfte, Lehrer und ganz allgemein junge Leute haben wesentlich mehr und wesentlich schwerer zu unterbindende Kontakte. Und sie haben in der Regel genügend Geld, die Impfung auch zu bezahlen oder (als betriebliche Sozialleistung, wir sind immer noch bei sozialer Marktwirtschaft!) bezahlt zu bekommen.

Wenn einige zehntausend Menschen bereit sind, sagen wir: 150 Euro pro Impfung (so viel musste man im letzten Frühjahr für einen jener Tests zahlen, die jetzt gratis sind) zu zahlen, wäre man Diskussionen ums Vordrängen los, hätte ein paar Millionen Körpergeld eingespielt und die „geplanten“ Gratisimpfungen von Alten und Vorerkrankten würden nur unwesentlich verzögert. Und weil die Pharmaindustrie eben marktwirtschaftlich agiert, würden die Preise mit dem steigenden Angebot sinken.



Conrad Seidl arbeitet unter anderem als Innenpolitik-Redakteur bei der Tageszeitung „Der Standard“.

Foto: Leander Seidl

Endlich impfen, impfen, impfen!

Bei der Umsetzung der Impfstrategie zählt jeder Tag – vor allem für die österreichischen Unternehmen, die im harten internationalen Wettbewerb stehen. Ihre Einbindung in die Teststrategie ist ein wichtiger (Zwischen-)Erfolg.

Der Weg in die Zukunft liegt auf der Hand: Impfstrategie und Gesundheitspolitik müssen endlich dafür sorgen, dass es ab Verfügbarkeit der Impfstoffe mit dem Durchimpfen der Bevölkerung schnell geht. Schlampereien und Verzögerungen sind vollkommen inakzeptabel. Hier zählt jeder Tag – für die Gesundheit, aber auch für unsere Unternehmen. Gerade für unsere exportorientierte Industrie ist es entscheidend, dass Schlüsselarbeitskräfte nach den vulnerablen Gruppen priorisiert und entsprechend zeitnah geimpft werden. Wenn wir nicht bei unseren Kunden im Ausland sein können, werden andere die Chancen auf Wertschöpfung und Arbeitsplätze nutzen.

Bis zum breiten Ausrollen der Impfung spielen breitflächige Tests eine zentrale Rolle. Dass unsere Unternehmen einen großen Beitrag für Gesundheit und Schutz ihrer Mitarbeiter leisten, sieht man nun auch beim betrieblichen Testen. Dass wir erreichen konnten, dass betriebliche Testungen Teil der nationalen Teststrategie sind, ist ein wichtiger Erfolg für uns alle. Die Nachfrage ist enorm. Und unsere Unternehmen werden beim Schutz der Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter endlich auch entsprechend unterstützt. Das ist eine Win-win-Situation für Menschen und Unternehmen, die allen ein Mehr an Sicherheit bringt (siehe auch Bericht auf Seite 4).

Für die nächsten Monate gilt: Wir haben den Großteil des Weges hinter uns, die restliche Strecke für ein sicheres Leben und Wirtschaften nach bzw. mit Corona müssen wir noch gemeinsam schaffen. Gleichzeitig müssen wir die Weichen für den Aufschwung stellen, für den es attraktive Rahmenbedingungen und sicher keine neuen Steuern oder Belastungen braucht. Ein wichtiges Handlungsfeld zur Verbesserung der Eigenkapital-situation von Betrieben ist der Kapitalmarkt, dem die aktuelle Titelgeschichte unserer iv-positionen gewidmet ist.

Unsere Industrie und die mit ihr verbundenen Sektoren haben gemeinsam – so man sie gelassen hat – das Land am Laufen gehalten. Diese Unternehmen sorgen auch auf dem Weg aus der Krise am besten für Wertschöpfung, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit, wenn man sie lässt – und ihnen jene Rahmenbedingungen gibt, die für eine neue Erfolgsgeschichte nach der Krise notwendig sind.

Ihr



Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



„

„Die individuelle Freiheit funktioniert nur mit Verantwortung.“

Christiane Druml
Vorsitzende
der Bioethikkommission

„

„Wenn sich Handelsströme verlagern, dann aufgrund der Handelsrestriktionen. Globale Lieferströme haben sich etabliert, und das hatte ja gute Gründe.“

Herbert Eibensteiner
Vorstandsvorsitzender
der voestalpine AG

„

„Wir sind in einer Situation, in der offensichtlich wird, dass Investitionen in die digitale Infrastruktur für einen Standort zur Überlebensfrage werden. Und hier stehen wir aktuell an einer Weggabelung, an einem substanziellen Wendepunkt.“

Thomas Arnoldner
Generaldirektor
der Telekom Austria AG

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 8. März war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden Sie unter www.iv.at.

AKTUELLES IN KÜRZE

POSTING DES MONATS



GRAFIK DES MONATS

Digitalisierung erfordert Qualifikation

86 Prozent der Unternehmen erwarten eine weitere Verschärfung der Personalsituation in MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) aufgrund der Digitalisierung. Die weit überwiegende Mehrheit verortet diese Probleme ausschließlich in

„bekanntem Mangelfächern“ wie Informatik, Maschinenbau, Elektrotechnik oder im Bereich Industrie 4.0. Nur jedes dritte Unternehmen zum Teil auch in „neuen“ Qualifikationsfeldern. Das geht aus der jüngsten IV-MINT-Erhebung hervor. Informationen dazu finden Sie unter www.iv.at.



ZAHL DES MONATS

1

Auch bei Österreichs Industrie hat die Corona-Krise tiefe Spuren hinterlassen. Und doch: Während in anderen europäischen Ländern die Industrieproduktion gesunken ist, ist sie hierzulande sogar gestiegen. Von November 2019 bis November 2020 hat die heimische Industrieproduktion um 1 Prozent zugelegt. Im gleichen Zeitraum ist sie in der Eurozone um rund 0,6 Prozent gesunken. Das zeigt, dass sich Österreichs Industrie auch unter schwierigsten Rahmenbedingungen behaupten kann.



Betriebliche Testungen wesentlicher Baustein für nationale Teststrategie

Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag für den Schutz ihrer Beschäftigten und zur Eindämmung der Pandemie.

Flächendeckende, regelmäßige COVID-Tests in der Bevölkerung sind ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Ein niederschwelliger Zugang zu den Testungen ist dafür wesentlich. Industrie und Wirtschaft haben im Februar erreicht, dass betriebliche Tests Teil der nationalen Teststrategie werden. Das heißt: In den Be-

trrieben durchgeführte Tests werden behördlichen Tests gleichgestellt, können also zum Beispiel als Zutrittstests verwendet werden. Und: Die Betriebe erhalten einen Kostenbeitrag für jeden durchgeführten und gemeldeten Test.

abgewickelten Test vom Bund ein Kostenbeitrag von 10 Euro bezogen werden.

Verfügbare Ressourcen und Möglichkeiten nutzen

Bereits in den ersten Tagen war die Nachfrage seitens der Betriebe enorm: Nach dem ersten Monat haben sich bereits 1.247 Betriebe als Teststationen registriert – rund 625.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können damit



V.l.n.r.: IV-GS Christoph Neumayer, WKO-GS Karlheinz Kopf, Christiane Wenckheim (Aufsichtsratsvorsitzende Ottakringer Getränke AG), Alfred Hudler (Vorstand Ottakringer Getränke AG), Tobias Frank (Vorstand Ottakringer Brauerei)

Ein gutes Beispiel, wie heimische Unternehmen erfolgreich für Sicherheit und Schutz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ihrer Kundinnen und Kunden sorgen, ist die Ottakringer Brauerei in Wien. Bei einem Besuch konnte sich IV-Generalsekretär Christoph Neumayer im Februar ein Bild von der dortigen Teststraße machen. Tobias Frank, Geschäftsführer und 1. Braumeister der Ottakringer Brauerei erklärte dabei: „Um eine sichere Produktion zu gewährleisten gelten bei uns schon immer restriktive Hygienemaßnahmen. Dass wir jetzt auch, um das Infektionsrisiko möglichst gering zu halten, wöchentliche freiwillige Antigen-Tests anbieten, ist eine wichtige Ergänzung. Der Schutz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und damit unseres Unternehmens, hat für uns oberste Priorität.“

erreicht und ihnen ein niederschwelliges, unbürokratisches Testangebot zur Verfügung gestellt werden. „Eine kluge Teststrategie ist der richtige Ansatz, um die Ausbreitung der Infektionen nachhaltig verringern zu können. Dazu müssen alle verfügbare Ressourcen und Möglichkeiten einbezogen und genutzt werden. Es ist daher erfreulich, dass es uns gelungen ist, die in Betrieben durchgeführten COVID-Tests als integralen Bestandteil

der nationalen Teststrategie zu verankern“, erklärte IV-Präsident Georg Knill.

WEBTIPP

Alle Infos zu betrieblichen Testungen, Testkits und Kostenersatz sowie praktische Tipps zur Einrichtung einer Teststraße sind auf www.wko.at/betriebe-testen zu finden.

**BETRIEBLICHE CORONA-TESTUNGEN:
UNTERNEHMEN LEISTEN EINEN GROSSEN BEITRAG**

Schon nach einem Monat beteiligen sich **1.247** Unternehmen mit rund **625.000** Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den betrieblichen Corona-Testungen.

Für Sicherheit und Schutz der Menschen.

Seit Ausbruch der Pandemie leisten heimische Unternehmen in der Industrie einen massiven Aufwand für Sicherheit, Schutz

der nationalen Teststrategie zu verankern“, erklärte IV-Präsident Georg Knill.

Welche Schwerpunkte der europäische Wiederaufbaufonds setzen sollte

Die Industrie plädiert dafür, die Mittel zur Unterstützung der klimapolitischen und digitalen Transformation einzusetzen.

Die EU-Institutionen haben sich Ende 2020 auf den zeitlich begrenzten europäischen Wiederaufbaufonds „Recovery & Resilience Facility“ verständigt. Dieser soll in den nächsten drei Jahren den post-COVID Aufschwung unterstützen. Je nach Wirtschaftslage entfallen auf

die EU-Länder unterschiedliche Anteile des Wiederaufbaufonds – für Österreich sind etwas mehr als drei Milliarden Euro vorgesehen. Davor sind die Mitgliedstaaten jedoch aufgerufen, bis spätestens Ende April Pläne vorzulegen, wie diese Mittel eingesetzt werden. Bereits frühzeitig hat die IV konkrete Vorschläge eingebracht, wie diese Gelder

zielgerecht für zukunftsrelevante Investitionen verwendet werden sollten.

Auf zusätzliche Investitionen abzielen

So empfiehlt die Industrie, die Mittel vor allem zur Unterstützung der klimapolitischen und digitalen Transformation einzusetzen. Orientierung bietet eine Vorgabe der Europäischen Kommission, wonach mindestens 37 Prozent des Fonds in den Bereich Klima und 20 Prozent in den Bereich Digitales fließen sollen. Wesentlich wäre es, wenn die Mittel möglichst auf zusätzliche Investitionen abzielen. Konkret sollten die Gelder genutzt werden, um die energieintensive Industrie aktiv bei ihren Investitionen zur klimapolitischen Transformation zu unterstützen. Angesichts der geplanten Klimaneutralität und den damit verbundenen Herausforderungen wäre das ein Gebot der Stunde. Zudem bietet der Wiederaufbaufonds Gelegenheit,

eine Teilnahme österreichischer Technologieunternehmen an neuen IPCEI-Projekten („Important Projects of Common European Interest“) sicherzustellen, insbesondere für die geplanten IPCEIs Mikroelektronik II, Wasserstoff und CO₂-arme Industrie.

Wertschöpfungspotenziale in zentral- und osteuropäischen Nachbarstaaten

Doch für die heimische Industrie ist nicht nur die Mittelverwendung in Österreich selbst entscheidend. Der Fonds bringt auch in den zentral- und osteuropäischen Nachbarstaaten Wertschöpfungspotenziale, schließlich entfallen auf die EU-Mitgliedstaaten in dieser Region insgesamt knapp 70 Milliarden Euro. Entsprechend steht die IV auch mit ihren europäischen Schwesterverbänden in engem Austausch zu den Plänen der jeweiligen Regierungen. Die Bereitstellung erster Gelder ist ab dem Sommer geplant.



Trotz Krise sucht die Industrie dringend Lehrlinge

Warum Corona auf die wichtige Lehrlingsausbildung gravierende Auswirkungen hat, zeigt eine aktuelle Studie. Unternehmen sind mit einem quantitativen und qualitativen Rückgang bei den Bewerbungen konfrontiert.

Was viele Unternehmen schon länger spüren, wird jetzt durch eine gemeinsame Studie von Industriellenvereinigung und zukunft.lehre bestätigt: 40 Prozent der Industrieunternehmen erleben einen quantitativen Rückgang bei den Bewerbungen für eine Lehrstelle, 37 Prozent einen qualitativen – das beste Drittel fehlt.

Als Grund dafür nennen die Betriebe zuzunehmendermaßen den Ausfall von Schnuppermöglichkeiten für Jugendliche in den Unternehmen. Die schulische Bildungs- und Berufsorientierung ist für Tatjana Gertner-Schaschl, Aufsichtsrats-Vorsitzende der Treibacher Industrie AG und Vorsitzende der IV-Task Force Fachkräfte und Lehre, nur bedingt ein Ersatz: „Jetzt rächt es sich leider, dass die Berufsorientierung entgegen Forderungen der Industrie und Wirtschaft stets als bildungspolitisches Stiefkind behandelt wurde.“ Und das, angesichts der belastenden Gesamtsituation für die Jugendlichen und großen Herausforderungen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Insgesamt hat es die Industrie bisher geschafft, die Lehrlingszahlen in der Krise stabil zu halten. Im 1. Lehrjahr sind seit Herbst jedoch Rückgänge zu verzeichnen. Insgesamt stehen derzeit in Österreichs Betrieben kurz- und mittelfristig über 18.000 Lehrstellen frei.

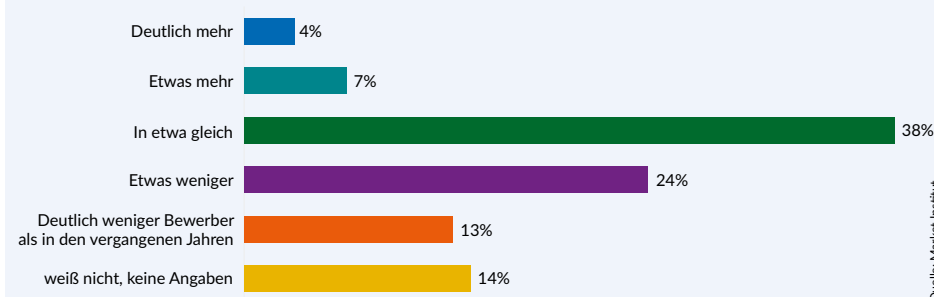
Zusätzliche Berufsorientierung nötig

Ein weiterer Faktor: Mit der Möglichkeit, auch mit mehreren Nichtgenügend aufzusteigen, sind zahlreiche Jugendliche „taktisch“ im Schulsystem verblieben,



Wie Lehrbetriebe die quantitative Veränderung der Lehrstellenbewerber in der Krise wahrnehmen

Wie beurteilen Sie die Anzahl der Bewerbungen im Vergleich zu den vergangenen Jahren.



4 von 10 Betrieben berichten von aktuell spürbar weniger Lehrstellenbeobachtungen als noch im Vorjahr – sie haben nur etwa halb so viele Bewerberinnen und Bewerber.

anstatt in eine Lehrausbildung zu wechseln. Aus Sicht der IV sind solche krisenbedingt notwendigen „Erleichterungen“ dringend mit zusätzlicher Berufsorientierung (z.B. virtuelle Unternehmensbesuche,

Orientierungsgespräche) zu verknüpfen. Denn durch die Schulschließungen ist auch der Kontakt zu den Schülern verlorengegangen. Außerdem zeigt sich abermals die Relevanz einer zentralen IV-Forderung: „Wir

brauchen dringend eine strukturierte und qualitativ hochwertige Eingangsphase in die Lehre für alle angehenden Lehrlinge“, betont Gertner-Schaschl. Es könne nicht sein, dass die Lehre von Schulabbrüchen an AHS, HAK und HTL abhängig sei.

Die Berufsbildung ist – ergänzt durch berufliche Weiterbildung, eine kluge Migrationsstrategie und die Unterstützung weiblicher Arbeitskräfte – eine wichtige Säule jenes Fachkräftepotenzials, mit dem die Industrie den wirtschaftlichen Aufschwung nach der Krise gestalten will. Dabei hat die Industrie für junge Menschen viel zu bieten: Heimische Industriebetriebe nehmen rund 104.000 Euro für die qualitativ hochwertige Lehrlingsausbildung und somit für die Zukunft eines Jugendlichen in die Hand. Das ist mehr als in allen anderen Wirtschaftssparten. Neben einem überdurchschnittlichen Gehalt bietet die Industrie vorteilhafte Ausbildungsbedingungen und ausgezeichnete Karriereperspektiven.

#INDUSTRIE-FACT

Heimische Industriebetriebe nehmen rund **104.000 Euro** für die qualitativ hochwertige Lehrlingsausbildung und somit für die Zukunft eines Jugendlichen in die Hand, das ist mehr als in allen anderen Wirtschaftssparten.

Telekomgesetz neu: Chance für den digitalen Investitionsstandort nutzen

Der 5G-Ausbau zählt zu den wichtigsten Infrastrukturvorhaben unserer Zeit.

Das Telekomgesetz neu soll dafür die richtigen Weichen stellen und im Sommer beschlossen werden.

Bis zum Sommer soll die EU-Richtlinie über den europäischen Kodex für elektronische Kommunikation (EECC) in österreichisches Recht umgesetzt werden. Wichtigstes Ziel, das von der IV unterstützt wird: Anreize setzen, um Investitionen in Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetze („Netze mit sehr hoher Kapazität“) für die nächsten zehn Jahre zu sichern.

Verbesserungen zur Förderung des 5G-Ausbaus

Beim dafür notwendigen Entwurf für das Telekommunikationsgesetz neu (TKG 2020) sieht die Industrie positive Ansätze: So konnte die IV wichtige Anliegen einbringen, etwa Verbesserungen zur Förderung des flächendeckenden Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetzen. Um Österreich in Sachen Digitalisierung weiter voranzubringen, wirbt die Industrie allerdings auch für Nachschärfungen.

Konkret empfiehlt die IV Maßnahmen, um Verfahren zu beschleunigen sowie Kosten zu senken und damit den Ausbau der Hochgeschwindigkeitsnetze zu stärken und die Nutzung zu verbessern. Möglichkeiten dafür würde es etwa bei den Wege- und Leitungsrechten, Richtsätzen oder auch Haftungsregelungen geben. Beim Thema Konsumentenschutz ließen die europäischen Vorgaben Handlungsspielraum, um die Balance zwischen den Unternehmens- und Konsumenteninteressen auszutarieren. Notwendig wäre zudem noch eine Diskussion darüber, ob Hersteller von Komponenten eines Netzes für elektronische Kommunikation oder Bereitsteller von Dienstleistungen für solche Netze als „Hochrisikolieferant“ eingestuft werden sollen. Damit würde ein Totalabschluss auf Zeit möglich.

Investitionsfreundliches Umfeld schaffen

„Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetze sind nicht nur ein Konnektivitätsthema, sondern



vielmehr auch ein Thema, das Arbeitsplätze, Wettbewerb, Technologie, Innovation und damit den gesamten Standort betrifft“, betont IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren. Daher habe das Regime für Netzausbau und Infrastrukturnutzung standortpolitische Priorität. „Das Gesetz bietet eine Chance, den digitalen Investitionsstandort Österreich

attraktiver zu gestalten. Diese gilt es zu nutzen“, so Koren. Spielraum würde der europäische Gesetzgeber jedenfalls ermöglichen, argumentiert die Industrie. Wichtig ist es, gemeinsam im Dialog mit der betroffenen Industrie ein investitionsfreundliches Umfeld zu schaffen.

Warum das so essenziell ist, belegen aktuelle Studien, die für Österreich ein Wachstumspotenzial durch Digitalisierung von bis zu 1,9 Prozent pro Jahr prognostizieren – allein Künstliche Intelligenz könnte bis 2035 jährlich 1,6 Prozent an zusätzlichem BIP ermöglichen. In Zahlen bedeutet das für Österreich bis zu 3,6 Milliarden Euro zusätzliches Wachstum pro Jahr, kumuliert über 10 Jahre läge der Effekt bei knapp 83 Mrd. Euro pro Jahr. Durch die Forcierung der digitalen Transformation könnten zudem 20.000 Arbeitsplätze pro Jahr entstehen. Eine Milliarde Euro an Investitionen in die Digitalisierung würden weitere 1,2 Mrd. Euro in der gesamten Wirtschaft auslösen.

Kapitalmarkt braucht Wissen und Politik

Ein funktionierender Kapitalmarkt ist ein wichtiger Erfolgsfaktor in fordernden Zeiten – und für einen nachhaltigen Aufschwung. Industriellenvereinigung und Aktienforum plädieren für mehr Kapitalmarkt看bildung und bessere Rahmenbedingungen.

Das sich der Kapitalmarkt in der Wahrnehmung der Bevölkerung zwischen vermeintlich „bekanntem Unwesen“ und „unbekanntem Wesen“ bewegt, zeigt eine aktuelle Meinungsumfrage von Peter Hajek Opinion Strategies im Auftrag von Industriellenvereinigung und Aktienforum sehr klar: Nur 4 Prozent der 1.000 Befragten geben an, sich „sehr gut“ mit Veranlagungen an der Börse auskennen. „Fehlendes Wissen über den Aktienmarkt“ als Grund, warum man nicht am Aktienmarkt aktiv wird, trifft für 40 Prozent „voll“ und weitere 20 Prozent „eher zu“. Das mangelnde Wissen über den Kapitalmarkt ist den Befragten allerdings sehr wohl als Problem bewusst. Denn 44 Prozent halten Wirtschafts- und Finanzbildung in den Schullehrplänen für eine „sehr gute Idee“, um Österreicherinnen und Österreicher zu motivieren, an der Börse zu investieren. Und jeder Vierte, der noch nicht an der Börse veranlagt ist, zeigt sich prinzipiell am Kauf von Aktien, Anleihen oder Investmentfonds interessiert. Studienautor Peter Hajek: „Das Interesse der Menschen nach Spar- bzw. Anlagemöglichkeiten ist im Vergleich zu früheren Erhebungen auf einem hohen Niveau. Demgegenüber stehen aber eine durchaus selbstkritische Einschätzung über das eigene Börsenwissen sowie Vorbehalte gegenüber Wertpapierinvestments.“

Kapitalmarkt geht alle an

Auch wenn im Zeitvergleich der Anteil der Besitzer von Aktien und Anleihen gewachsen ist, ist für IV-Präsident Georg Knill klar: „Bei der Wirtschafts- und Finanzbildung gibt es eindeutig Aufholbedarf. Unter mangelndem Wissen leiden Menschen und Standort. Denn von der privaten Altersvorsorge bis zur Unternehmensfinanzierung geht uns ein starker Kapitalmarkt alle an. Gerade für den Aufschwung nach der Corona-Krise brauchen wir attraktive Rahmenbedingungen.“ Aktienforum-Präsident Robert Ottel unterstützt diese Argumentation nachdrücklich: „Die Antwort auf die Krise muss sein, den Kapitalmarkt zu stärken. Wir sehen in der Krise, wie wichtig der Kapitalmarkt für Unternehmen und Industrie als Stütze und Eigenkapitalgeber ist, diese Krise durchzutragen.“ Vor diesem Hintergrund haben Industriellenvereinigung und Aktienforum ein Drei-Säulenprogramm entwickelt, um den Kapitalmarkt zu stärken und für die Österreicherinnen und Österreicher attraktiv und zugänglich zu machen.

Literacy‘ und Wirtschaftsbildung mehr Gewicht verleihen, als eigenständigen Inhalt etablieren, attraktiver und bedeutsamer im Bildungsverlauf verankern“, erklärt Knill. In

„Dem Interesse der Menschen an Anlagemöglichkeiten steht eine durchaus selbstkritische Einschätzung über das eigene Börsenwissen gegenüber.“

Peter Hajek
Meinungsforscher

„Wir sehen in der Krise, wie wichtig der Kapitalmarkt für Unternehmen und Industrie als Stütze und Eigenkapitalgeber ist, diese Krise durchzutragen.“

Robert Ottel
Aktienforum-Präsident

Mehr Wirtschafts- und Finanzbildung

„Wirtschafts- und Finanzbildung gehören zur Grundbildung, gleichermaßen wie Lesen, Rechnen, Schreiben. Wir müssen ‚Financial

einem ersten Schritt soll es daher ein umfassendes Screening aller Lehrbücher auf bereits bestehende wirtschafts- und finanzrelevante Lehrinhalte geben. Anschließend sollen Experten aus dem Bereich der Wirtschaftspädagogik die Lehrmaterialien um notwendige Themen- und Aufgabenstellungen erweitern. Außerdem soll das Grundlagenwissen zu Wirtschafts- und Finanzthemen bereits ab der Sekundarstufe 1, also ab der Unterstufe oder Mittelschule, in die heimischen Schullehrpläne eingearbeitet werden. Ebenfalls wichtig: Österreich hat sich im Rahmen des Pisa-Tests am „Financial Literacy“-Tool bisher nicht beteiligt. Dies soll künftig regelmäßig erfolgen. Auch die neue „Stiftung für Wirtschaftsbildung“ soll einen Beitrag dazu leisten, damit Wirtschaftsbildung im Schulsystem das Gewicht erhält, das ihr zusteht.“

Bessere Rahmenbedingungen für die private Vorsorge

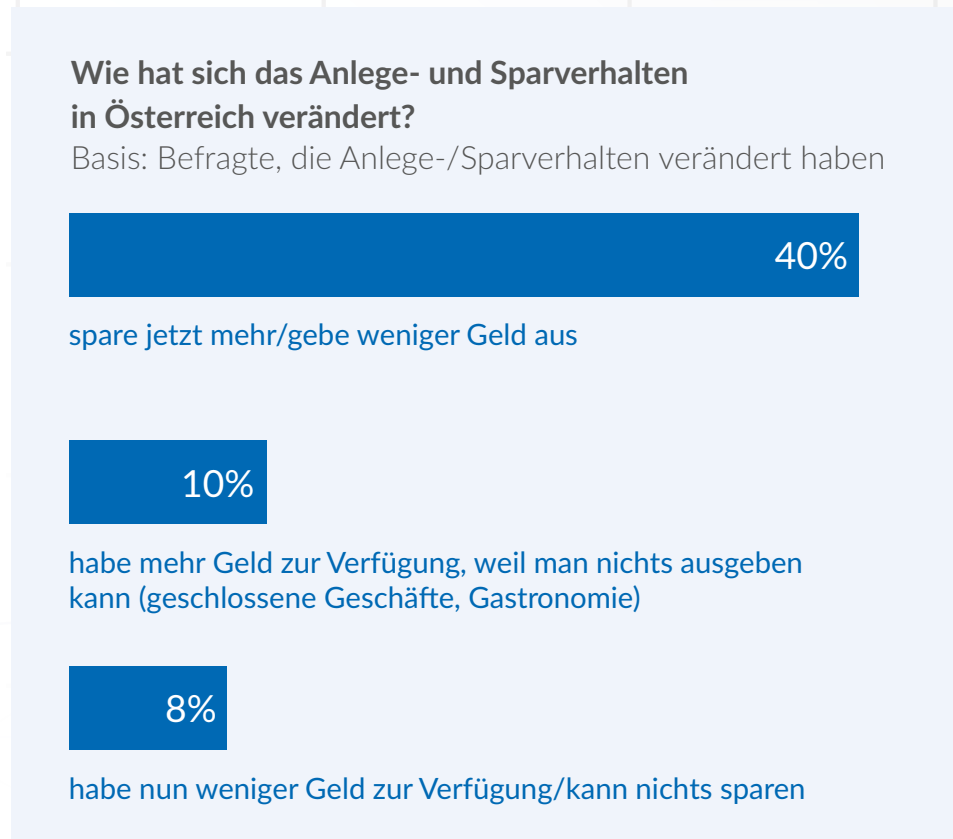
Österreich hat ein ausgesprochen teures staatliches und wenig nachhaltiges Pensionssystem. Im Durchschnitt der OECD-Länder tragen Kapitaleinkünfte inklusive

Betriebspensionen rund 18,4 Prozent zum Alterseinkommen bei. In Österreich sind es nur 5,8 Prozent. In Deutschland sind es hingegen 15,9 Prozent, in Ländern wie Großbritannien, Kanada oder der Schweiz liegen die Anteile über 40 Prozent. Industriellenvereinigung und Aktienforum fordern daher gezielte steuerliche Anreize, um die private betriebliche Altersvorsorge weiterzuentwickeln und den Vermögensaufbau zu fördern. Eine wichtige Maßnahme ist die Einführung einer einjährigen Spekulationsfrist. „Gerade in Anbetracht des anhaltenden Nullzinsumfelds für Sparanlagen wäre die Einführung einer Behaltefrist ein probates Mittel zur Stärkung der Anreize für den langfristigen

„Von der privaten Altersvorsorge bis zur Unternehmensfinanzierung geht uns ein starker Kapitalmarkt alle an. Gerade für den Aufschwung nach der Corona-Krise brauchen wir attraktive Rahmenbedingungen.“

Georg Knill
IV-Präsident

Vermögensaufbau und die Veranlagung in Wertpapieren“, so Knill. Weitere Forderung: Sowohl für Veräußerungsgewinne als auch für Dividenden sollte der KEST-Steuersatz wieder auf 25 Prozent reduziert werden.



Nur Schweden (30 Prozent) und Portugal (28 Prozent) verzeichneten 2016 höhere Steuersätze auf Dividenden als Österreich.

Breitere Palette für Unternehmensfinanzierung

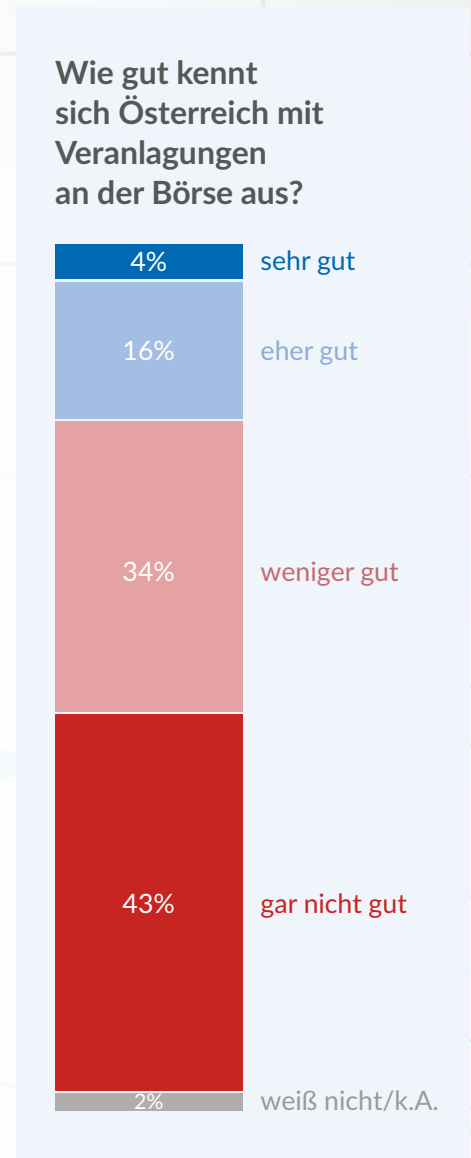
Die Corona-Krise hat deutlich gezeigt, wie wichtig attraktive Finanzierungsangebote für österreichische Unternehmen sind. „Der kleine österreichische Kapitalmarkt ist für den Standort extrem wichtig. Eine solide Unternehmensliquidität ist der Garant für Investitionen von morgen – und das schafft und sichert Arbeitsplätze“, so Aktienforum-Präsident Ottel. Daher plädieren IV und Aktienforum dafür, dass Zinsen auf Eigenkapital steuerlich verwertet werden können. „Als Bemessungsgrundlage könnte man den bisherigen Eigenkapitalstock heranziehen. Als Verzinsung könnte man sich am 12-Monats-Euribor inklusive eines Aufschlagsystems orientieren“, so Kapitalmarktexperte Ottel. Ein weiterer Faktor ist die Mitarbeiterbeteiligung: Für Unternehmen sind die Mitarbeiter ein stabiler Kernaktionär, für die Mitarbeiter selbst ist die Beteiligung ein enormer Mehrwert für die Altersvorsorge. In Österreich besteht bei der Mitarbeiterbeteiligung in börsennotierten Unternehmen (3 Prozent) noch Handlungsbedarf. In Frankreich liegt der Anteil bei 20 Prozent. Für langfristige Investments zwecks Altersvorsorge ist eine Steuerbefreiung unverzichtbar.

Generell soll das Finanzierungsangebot für heimische Unternehmen verbessert werden, um deren Eigenkapitalsituation zu stärken und sie krisenfester zu machen, schlagen Industrie und Aktienforum vor. Konkrete Forderungen neben der Implementierung von fiktiven Eigenkapitalzinsen sind die Schaffung eines dauerhaften Verlustrücktrags nach deutschem Vorbild, die Abzugsfähigkeit der Gewinnrücklage zur besseren Innenfi-

nanzierung über einbehaltene Gewinne und die Stärkung von Mezzaninkapital. Hilfreich für Start-ups und KMU wären zudem rechtliche Grundlagen für Wagniskapitalfonds, die Anpassung der Veranlagungsrichtlinien institutioneller Investoren, um in Start-ups und KMU investieren zu dürfen, sowie die steuerliche Absetzbarkeit von Anschub- und Wachstumsfinanzierungen für innovative Start-ups und KMU.

Keine neuen Belastungen

Selbstverständlich darf es im Gegenzug nicht zu neuen Belastungssteuern kommen. „Steuern auf Finanztransaktionen wären gerade für den im internationalen Vergleich sehr kleinen heimischen Börsenstandort äußerst schädlich“, so Aktienforum-Präsident Ottel. Für IV-Präsident Georg Knill ist klar:



„Der Kapitalmarkt ist keine Elitenveranstaltung, sondern spielt in unser aller Leben eine wichtige Rolle. Die Menschen vom Kapitalmarkt fernzuhalten, ist unsozial. Und gerade Krisen zeigen, wie wichtig das Instrument des Eigenkapitals für Unternehmen ist. Von einem erfolgreichen Kapitalmarkt mit modernen Rahmenbedingungen profitieren Betriebe und ihre Mitarbeiter.“

DIE ZENTRALEN ERGEBNISSE ZUM THEMA „ANLEGEN AM AKTIENMARKT – BEFRAGUNG DER ÖSTERREICHISCHEN BEVÖLKERUNG“ AUF EINEN BLICK:

- Jede Vierte/jeder Vierte, der noch nicht an der Börse veranlagt ist, ist prinzipiell am Kauf von Aktien, Anleihen, Investmentfonds etc. interessiert.
- Nur 4 Prozent geben an, sich sehr gut mit Veranlagungen an der Börse auszukennen.
- Für 12 Prozent hat sich der Blick auf die Aktienmärkte in der Corona-Pandemie zum Kritischen verändert, nur für 7 Prozent zum Positiven.
- Beinahe jede Vierte/jeder Vierte gibt an, dass sich ihr/sein Anlege- oder Sparverhalten in der Corona-Pandemie grundsätzlich verändert hat. 40 Prozent antworten, jetzt mehr zu sparen.
- „Fehlendes Wissen über den Aktienmarkt“ als Vorbehalt, warum man nicht am Aktienmarkt aktiv wird, trifft für 40 Prozent „voll zu“ und weitere 20 Prozent „eher zu“.
- 44 Prozent halten Wirtschafts- und Finanzbildung in den Schullehrplänen für eine „sehr gute Idee“, um Österreicherinnen und Österreicher zu motivieren, an der Börse zu investieren.

Quelle: Anlegen am Aktienmarkt Befragung der österreichischen Bevölkerung, Peter Hajek Public Opinion Strategies; n=1.000

IPCEIs sind das Ticket in die Zukunft

Mit den Important Projects of Common European Interest (IPCEI) will Europa seine Technologiesouveränität in strategisch wichtigen Bereichen steigern. Bei IPCEI Batterien hat sich Österreich nun einen Platz am Tisch der großen Technologienationen gesichert.

Der Start des „IPCEI Batterien“ im Jänner 2021 stellt einen Meilenstein in der österreichischen Technologiepolitik dar. Das paneuropäische Großprojekt zum Thema Batterien ist das erste sogenannte „Important Project of Common European Interest (IPCEI)“, das mit österreichischer Beteiligung durchgeführt wird. Sechs rot-weiße Unternehmen engagieren sich in dem Vorhaben, das von insgesamt 42 Unternehmen und von der IV mit Nachdruck federführend unterstützt wurde. Europa soll zum führenden Standort für Batterieentwicklung und Produktion ausgebaut werden – vom Abbau von Rohstoffen über die Batteriezellproduktion, der Produktintegration bis hin zum Recycling. Dafür nimmt Europa 2,9 Mrd. Euro an öffentlichen Mitteln in die Hand.

Technologische Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft

Überall in Europa werden über IPCEIs trans-europäische Konsortien aufgebaut, um technologische Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft auf den Weg zu bringen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Die Projekte steigern aber auch die Technologiesouveränität Europas



in strategisch bedeutsamen Bereichen. Wie wichtig das ist, hat die COVID-Krise vor Augen geführt, als Schutzausrüstung innerhalb kurzer Zeit zum Mangelgut geworden ist. Wenn es aber um Technologiesouveränität geht, steigen die Herausforderungen aufgrund der erhöhten Komplexität nochmals deutlich. Diesen Wettstreit kann nicht jedes EU-Land im Alleingang gewinnen, dies kann nur im europäischen Zusammenspiel gelingen.

Österreich verfügt über eine Reihe von technologisch führenden Unternehmen. Es muss alles darangesetzt werden, diese Frontrunner in strategischen Wertschöpfungsketten in Europa zu positionieren. Dies gilt für die Mitwirkung Österreichs am schon fortgeschrittenen IPCEI Mikroelektronik I ebenso wie für neue Vorhaben insbesondere im Bereich Wasserstoff, Mikroelektronik II oder LowCO₂, die in Europa schon massiv vorangetrieben werden. Die IV tritt dafür ein, die noch nicht budgetierten IPCEIs prioritär aus dem österreichischen EU-Wiederaufbaufonds zu lukrieren. Denn IPCEIs schaffen auch für kleine Staaten wie Österreich einen Platz am Tisch der großen Technologienationen, um als ebenbürtige Partner an Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Gesellschaft mitzuwirken.

AKTUELLES IN KÜRZE

IV-TEACHER'S AWARD geht in nächste Runde

2021 zeichnet die Industrie wieder herausragende pädagogische Leistungen aus. Prämiert wird zudem besonderes Engagement in Corona-Zeiten.

Die Unterstützung zahlreicher Mitgliedunternehmen hat es auch heuer wieder möglich gemacht: Seit Mitte Februar läuft – in Kooperation mit Neustart Schule – die Ausschreibung des nunmehr neunten IV-TEACHER'S AWARD. Alle 2 Jahre verleiht die Industriellenvereinigung die Auszeichnung, um fachlich herausragende Leistungen von Pädagoginnen und Pädagogen in Kindergärten und Schulen anzuerkennen, wertzuschätzen und zu prämiieren.

Corona geht natürlich auch am IV-Teacher's Award nicht spurlos vorüber. Seit März 2020 stehen auch Pädagoginnen und Pädagogen vor enormen, auch zeitintensiven Herausforderungen. Trotzdem erwartet die IV zahlreiche Einreichungen. Denn gerade in einer außergewöhnlichen Zeit wie dieser sollen positive Beispiele für pädagogisches Handeln vor den Vorhang geholt und Pädagoginnen wie Pädagogen in ihrer weiteren Motivation bestärkt werden. Deshalb werden heuer zusätzlich Sonderpreise zum Thema „Lehren und Lernen in Corona-Zeiten“ vergeben.

In folgenden sechs Kategorien können beim IV-TEACHER'S AWARD 2021 Projekte eingereicht werden:

Elementarpädagogik:

Lernen von 0 bis 6

Individualität:

Umgang mit Vielfalt

Wirtschaftskompetenz:

Lernen für Beruf und Alltag

MINT:

Begeisterung für Technik und Innovation

Sonderpreis:

Lehren und Lernen in Corona-Zeiten (Elementarpädagoginnen/-pädagogen)

Sonderpreis:

Lehren und Lernen in Corona-Zeiten (Lehrkräfte in Schulen)

Einreichungen sind noch bis **30. April 2021** direkt auf der Homepage www.iv-teachersaward.at möglich. Die Preisverleihung ist für 28. September 2021 mit Bildungsminister Heinz Faßmann im Haus der Industrie geplant.

Klimavolksbegehren wird im Parlament behandelt

Die Industrie unterstützt in zahlreichen Bereichen eine konsequente Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen – dabei darf aber nicht auf standortpolitische Notwendigkeiten verzichtet werden.

Bereits im vergangenen Jahr haben rund 380.000 Personen das Klimavolksbegehren unterzeichnet. Damit kommt es auf Rang 19 aller Volksbegehren, knapp hinter dem jüngsten Tierschutzvolksbegehren und der Bildungsinitiative Volksbegehren aus 2011. Im März erfolgt die finale Ausschussbehandlung, bei der auch ein Entschließungsantrag gefasst werden soll.



Gefordert werden etwa die Festschreibung eines verbindlichen, wissenschaftlich fundierten CO₂-Budgets und die Einrichtung eines Klimarechnungshofs, der die Einhaltung der jährlichen CO₂-Ziele prüfen soll, sowie der Abbau klimaschädlicher Subventionen oder die Einführung einer ökosozialen Steuerreform.

Rahmenbedingungen für energieintensive Unternehmen sichern

Die Industriellenvereinigung unterstützt in zahlreichen Themen eine konsequente Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, allerdings ohne dabei auf standortpolitische Notwendigkeiten zu verzichten. In diesem Sinne steht die IV wesentlichen Forderungen des Klimavolksbegehrens grundsätzlich

positiv gegenüber, ohne gleichzeitig überschießende Forderungen mitzutragen:

- Unterstützt werden verbindliche Gesamt- und Sektorziele im Rahmen des Klimaschutzgesetzes insbesondere mit einem Verantwortlichkeitsmechanismus zwischen Bund und Ländern. Nicht jedoch ein verbleibendes CO₂-Budget in einer Höhe, die sich weder aus dem Pariser Abkommen ergibt noch in irgendeiner Form realistisch dargestellt werden kann.
- Klimaschädliche Subventionen sind berechtigterweise zu hinterfragen, aber eine Abschaffung der standortkritischen Energiesteuerrückstattung für energieintensive Unternehmen wird auf den erbitterten Widerstand der IV stoßen.
- Natürlich ist die Einhaltung der CO₂-Ziele zu überprüfen, wie dies durch das Umweltbundesamt mit seinen rund 600 Mitarbeitern seit vielen Jahren höchst professionell geschieht. Eine neue Institution wie ein „Klimarechnungshof“ ist dafür nicht erforderlich.
- Auch der Diskussion einer Steuerreform mit klimapolitischer Ausrichtung wird sich die IV nicht verschließen, solange standortpolitische Notwendigkeiten nicht in Frage gestellt werden.

Aus Sicht der Industriellenvereinigung ist es sinnvoll, dass Anliegen in der Gesellschaft über Volksbegehren direkt ins Parlament getragen werden. Eine gründliche und verantwortungsvolle Vorbereitung von konkreten rechtlichen Vorhaben kann damit jedoch nicht ersetzt werden.



Die Preisträgerinnen und Preisträger des IV-TEACHER'S AWARD 2019 mit IV-Ausschussvorsitzendem Axel Kühner und der damaligen Bildungsministerin Iris Rauskala

Mit strategischen Investitionen aus der Krise

JI-Mitglied Christian Winkelhofer ist Managing Director von Accenture Österreich – im Interview führt er aus, warum es für ordentliche digitale Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie nie zu spät ist.

Lieber Christian, was könnten digitale Lösungen beitragen, um weitere Öffnungsschritte zu unterstützen?

Die neuen Technologien helfen uns im Kampf gegen Corona. Leider ist die Stopp-Corona-App zum Politikum geworden, aber die App hat noch immer enormes Potenzial: Sie kann dazu dienen, Testnachweise und später Impfnachweise zu erbringen. Contact Tracing funktioniert automatisiert und die App kann in die andere Richtung für Wirte oder Frisöre die Überprüfbarkeit von Zutrittstests erleichtern.

Bei der Organisation der Corona-Impfungen hat man sich hierzulande für einen föderalen Weg entschieden. Da gab es deinerseits Kritik – warum?

Eine österreichweite Impfmanagement-Plattform ist das einzig Sinnvolle. In einem föderalen System erfinden wir neunmal das Rad neu. Es wäre auch heute nicht zu spät, ein zentrales System einzusetzen. Die Krise wird uns noch einige Monate begleiten. Und die Krise ist teuer. Ein zentrales Impfmanagement ist nicht nur für Logistik zuständig, es kann als Planungs- und Steuerungstool

eingesetzt werden und hat einen sozioökonomischen Effekt, denn es kann die Menschen abholen. Eine intelligente Plattform errechnet Impftermine, informiert die Betroffenen, ermöglicht eine persönliche Ansprache. All das erhöht die Impfbereitschaft. So kommen wir schneller und effizienter dem Ziel einer hohen Durchimpfungsrate näher.

Hätten nicht gerade ältere Personen Schwierigkeiten mit einem solchen System?

Jeder profitiert von neuen Technologien und der Digitalisierung – auch ältere Personen, die vielleicht selbst kein Smartphone oder einen Internetzugang haben. Intelligente Systeme können analoge Systeme integrieren. Ein digitalisiertes Call Center oder ein SMS-Dienst können zum Beispiel Schnittstellen sein.

Was könnte sich Österreich deiner Meinung nach von anderen Ländern abschauen?

So wie Österreich aktuell mit der Teststrategie eine Vorreiterrolle einnimmt, gibt es für jeden Bereich der Krise internationale Vorzeige-Beispiele: das digitale Impfmanagement in Bayern, Contact Tracing

in Finnland, Cluster Tracing in Südkorea, Datentransparenz in Dänemark, digitale Nachweise in Singapur, Reisemanagement in Neuseeland... Wir sollten in Österreich bei allen Bereichen eigene, passgenaue digitale Lösungen entwickeln oder übernehmen und bewusst in hochmoderne Projekte und Lösungen investieren.



Neue Wege gehen

Der klassische Kommentar heute einmal kürzer – ganz bewusst!

Wir haben beschlossen, den „klassischen“ Aufbau der bundesweiten Seite der JI in den iv-Positionen neu und zwar flexibler zu gestalten. Erstes Opfer ist dabei diesmal mein eigener Kommentar. Denn wir wollen ganz bewusst mehr Raum schaffen, damit JI-Mitglieder sowie Expertinnen und Experten zu Wort kommen können oder um z.B. spannende und überraschende Fakten zu präsentieren.

Diesmal steht leider das Thema Corona im Mittelpunkt – klar, wir können es alle nicht mehr hören, aber es hilft ja nichts. Fakt ist, dass digitale Lösungen eine große Hilfe dabei sein könnten, wieder zu einer „neuen“ Normalität zu kommen. Dafür ist es nie zu spät – selbst die WHO sieht ein Ende der Pandemie inzwischen frühestens 2022. Wer also mit smarten Lösungen früher aus der Krise kommen wird, wird auch im globalen Wettbewerb die Nase vorn haben.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

IV-BUCHTIPP



Risikomanagement in Zeiten der Corona-Krise

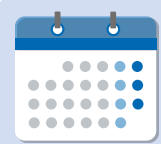
Im nunmehr vierten Band dieser Jahrbuchreihe finden sich insgesamt 22 Texte von 39 Autorinnen und Autoren aus Österreich, Deutschland und der Schweiz, unter ihnen auch IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Auch heuer wieder ist das Jahrbuch ein nützliches Nachschlagewerk für Interessierte in Unternehmen, Politik, Verwaltung, Institutionen, Think Tanks sowie Universitäten und Fachhochschulen. Die Themeninhalte gliedern sich in drei Bereiche: Gesellschaft und Risiko, Digitalisierung und Sicherheit global mit den Schwerpunkten auf Konjunktur- und Branchenentwicklungen, Compliance-Management und Standards.

„Österreichisches Jahrbuch für Risikomanagement 2021“ erschienen bei TÜV AUSTRIA, 228 Seiten, A5, Paperback, ISBN 978-3-200-07491-0 Preis: 36,00 Euro zzgl. Ust, Bestellung: tuvaustria.com/fachverlag

JI-FACTBOX

Nur knapp 5 Prozent der Unternehmen in der DACH-Region sind bereits „data driven“ und erreichen damit den höchsten digitalen Reifegrad. Die Mehrheit der Unternehmen befindet sich im Mittelfeld (Studie von Freeform Dynamics, Sommer 2020).

JI-TERMINE



4 Montage, 4 Expertentalks

Moderne Kinderbetreuungsangebote und der beste Rahmen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind Herzensanliegen der JI-Steiermark. Der März wurde nun zum „Monat der Kinderbetreuung und der Vereinbarkeit“ ausgerufen und ein spannendes Programm entwickelt, um möglichst viele Aspekte des komplexen Themas zu beleuchten. Das Ziel: Die Steiermark möchte Spitzenreiter werden, wenn es darum geht, Familie und Job bestmöglich vereinbar zu machen. Alle Talks finden online statt, jeweils montags ab 17:00 bzw. 18:00 Uhr:

8. März 2021 | 17:00 Uhr Auf die Plätze, fertig, los.

Wo liegen beim Betreuungsangebot für 0-6-Jährige aktuell die größten Herausforderungen? Mit Cordula Schlamadinger (Kinderdrehscheibe Steiermark), Michaela Linhart (Geschäftsführerin Verein Tagesmütter Steiermark)

15. März 2021 | 18:00 Uhr Geht nicht, gibt's nicht.

Wie Gemeinden bereits untereinander und mit Unternehmen erfolgreich in Sachen Betreuungsangebot kooperieren. Mit Stefan Helmreich (Bürgermeister Lieboch), Stefan Hofer (LABg. und Bürgermeister Turnau), Heidi Schuster-Burda (LABg. und Vize-Bürgermeisterin Höchst)

22. März 2021 | 17:00 Uhr Alles nur eine Frage des Mindsets?

Warum ist Vereinbarkeit in Skandinavien möglich und 50:50 kein Joker? Mit Adriana Lender (ehem. GD staatl. Versicherungskasse Schweden)

29. März 2021 | 17:00 Uhr Der springende Punkt.

Wie werden aus unseren Ideen umsetzbare Lösungsvorschläge und was muss sich gesellschaftspolitisch verändern? Mit Wolfgang Mazal (Familienforscher)

Bei Interesse bitte um Anmeldung bei Renate Pichler (renate.pichler@iv.at)

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner. Lektorat: Brigitte Mayr. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300. Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Buchdruckerei Lustenau/Fasching, AdobeStock, IV-Burgenland/AdobeStock, IV-Kärnten, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ, IV-Salzburg/IV Eva trifft, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/NEC, IV-Vorarlberg/AdobeStock, IV-Wien/ AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Kinderbetreuung gegen Fachkräftemangel – JI startet Aktionsmonat

Moderne Kinderbetreuungsangebote und der beste Rahmen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind Herzensanliegen der Jungen Industrie Steiermark. Ihre Überzeugung: Zeitgemäße Betreuungsmodelle sind für einen attraktiven Standort unerlässlich.

Kinderbildung muss in der Steiermark an Relevanz gewinnen und der Fachkräftemangel könnte durch flexible Vereinbarkeitsvarianten mitentschärft werden. Mit einem Aktionsmonat sollen dazu Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Die beiden JI-Steiermark-Vorsitzenden Julia Aichhorn und Dominik Santner dazu im Gespräch mit den iv-positionen:

Kinderbetreuung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind neben der Digitalisierung Leitthemen der Jungen Industrie Steiermark. Wie kam es dazu?

Julia Aichhorn: Die Standortqualität ist uns ein besonderes Anliegen und nach Überlegungen unserer Vorgänger rund um „Austria – best place to be born“ und unserem Schwerpunkt zum Thema Arbeit widmen wir uns nun der Verknüpfung beider Welten.

Dominik Santner: Das Thema trifft zahlreiche Interessenlagen. Uns ist dabei ein ganzheitlicher Blick wichtig. Es gibt die Rolle der Familien, aber natürlich auch die der Arbeitgeber und Betreuungseinrichtungen.

Einer der Ansätze lautet: Mit Kinderbetreuung gegen den Fachkräftemangel. Wie ist das zu verstehen?

DS: Wir haben viele hochqualifizierte junge Frauen, die mangels Betreuungsangebot nur schwer im gewünschten Ausmaß oder zum gewünschten Zeitpunkt zurück in den Beruf kommen können.

Unsere These lautet daher: Gäbe es ein besseres Angebot, wäre der Wiedereinstieg für diese Fachkräfte einfacher und schneller möglich bzw. die Barriere eine geringere.

Die Kinderbetreuung wurde zuletzt deutlich ausgebaut. Wo steht die Steiermark?

JA: Es gab in der Tat in den letzten Jahren einen Zuwachs an Betreuungseinrichtungen, das war aber vielmehr dem Nachholbedarf geschuldet. Die Anzahl der Kinderkrippen hat sich in den letzten 10 Jahren verdrei-

facht. Trotzdem liegt die Betreuungsquote der Unter-3-Jährigen in der Steiermark bei lediglich 17 Prozent. Das ist der letzte Platz im Österreichvergleich. Werden die Tageseltern, ein weit verbreitetes Konzept in der Steiermark, hinzugerechnet, liegt die Quote bei 22 Prozent und damit noch immer eindeutig unter dem Österreichschnitt von 30 Prozent.

Wie ist das Bild bei den älteren Kindern?

DS: Leider ein sehr Ähnliches. Auch bei der Betreuungsquote der 3- bis 5-Jährigen belegt die Steiermark den letzten Platz mit 88 Prozent. Im Vergleich liegt der Österreichschnitt bei 93 Prozent. Vor allem bei der Gruppe der 3-Jährigen bildet die Steiermark das Schlusslicht mit einer Quote von 74 Prozent.



„Junge Frauen, die diese Doppelbelastung stemmen, verdienen Anerkennung und keinen erhobenen Zeigefinger.“

Julia Aichhorn

Wo liegen die Ursachen?

JA: Uns liegt aktuell kein fundiertes Zahlenmaterial vor, das eine Detailbetrachtung der Ursachen erlauben würde. Als JI orten wir zwei Handlungsfelder: Zum einen muss das Angebot flexibler und stärker an die Lebensrealitäten der Familien angepasst sein, um jene zu unterstützen, die rasch retour wollen. Zum anderen muss eine Bewusstseinsänderung gelingen. Vielen meiner Al-

terskolleginnen ist nicht bewusst, welche Langzeitfolgen eine sehr lange Karenzzeit mit sich bringen kann. Sie ist oftmals Ursprung von Gender Pay Gap und Altersarmut. In Sachen Bewusstsein brauchen wir außerdem einen breiten gesellschaftlichen Wandel. Arbeitende Mütter sind kein Widerspruch zum Kindeswohl. Junge Frauen, die diese Doppelbelastung stemmen, verdienen Anerkennung und keinen erhobenen Zeigefinger.

In welcher Rolle sieht sich hier die Junge Industrie und wie kann sie beitragen?

JA: Wir wollen genau auf diese Tücken aufmerksam machen, aber vor allem auch mitwirken, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Vereinbarkeit endet für uns nicht beim Kinderkrippenplatz. Handlungsbedarf

gibt es auch bei den Themen Karenzmodelle, Pensionssplitting, Väterbeteiligung und vielen mehr. Wir sind österreichweit mit den JI-Kolleginnen und -Kollegen vernetzt und sehen, wie tiefgreifend das Thema ist. Die JI-Landesorganisationen setzen daher unterschiedliche Schwerpunkte und wir bündeln dann unsere Erfahrungen und Ideen.

Erfahrungen werden auch bei einem speziellen Aktionsmonat gesammelt.

DS: Die JI-Steiermark macht den ganzen März zum Monat von Vereinbarkeit und Kinderbetreuung. Wir haben bereits im Kreis des Vorstands zahlreiche Lösungen erarbeitet und sind mit dem Büro von Landesrätin Juliane Bogner-Strauss im Austausch. Die Umsetzung selbst geht uns zu langsam, wir bleiben aber dran. Weiters haben wir auch schon Themenabende mit Mitgliedern – meist jungen Eltern – und Online-Treffen von Mitgliedsbetrieben organisiert, um voneinander zu lernen. Im März laden wir unsere Mitglieder und Interessierte an vier Themenabenden zum Erfahrungsaustausch und zum Mitreden ein. Als Expertinnen und Experten stehen uns etwa die Leiterinnen der Kinderdrehscheibe sowie des Vereins der Tageseltern zur

JI-AKTIONSMONAT

Unser Programm – alle Meetings finden online statt – Infos und Anmeldung unter: renate.pichler@iv.at

8. März 2021 | 17:00 Uhr

Auf die Plätze, fertig, los!

WO LIEGEN BEIM BETREUUNGSAN- GEBOT FÜR 0-6-JÄHRIGE AKTUELL DIE GRÖSSTEN HERAUSFORDERUNGEN?

Cordula Schlamadinger (Leiterin Kinderdrehscheibe Steiermark)
Michaela Linhart (Geschäftsführerin Verein Tagesmütter Steiermark)

15. März 2021 | 18:00 Uhr

Geht nicht, gibt's nicht!

WIE GEMEINDEN BEREITS UNTER- EINANDER UND MIT UNTERNEHMEN ERFOLGREICH IN SACHEN BETREU- UNGSANGEBOT KOOPERIEREN.

Stefan Helmreich (Bürgermeister Lieboch)
Stefan Hofer (LAbg. und Bürgermeister Turnau)
Heidi Schuster-Burda (LAbg. und Vize- Bürgermeisterin Höchst in Vorarlberg)

22. März 2021 | 17:00 Uhr

Alles nur eine Frage des Mindsets?

WARUM IST VEREINBARKEIT IN SKANDINAVIEN MÖGLICH UND 50:50 KEIN JOKER?

Adriana Lender (ehem. Generaldirektorin der staatlichen Versicherungskasse Schwedens)

29. März 2021 | 17:00 Uhr

Der springende Punkt.

WIE WERDEN AUS UNSEREN IDEEN UMSETZBARE LÖSUNGSVORSCHLÄGE UND WAS MUSS SICH GESELL- SCHAFTSPOLITISCH VERÄNDERN?

Wolfgang Mazal (Familienforscher)

Verfügung. Mit dem Know-how von drei Gemeindevertreterinnen und -vertretern aus Vorarlberg und der Steiermark wollen wir erfolgreiche Kooperationen zwischen Gemeinden und Unternehmen kennenlernen. Und wir holen uns eine Anleitung für zeitgemäße Vereinbarkeit von einer langjährigen Vorreiterin aus Schweden.

Was passiert mit den Inputs?

JA: Gemeinsam mit Familienforscher Wolfgang Mazal wollen wir in einem nächsten Schritt unsere Lösungsvorschläge für Kinderbetreuung und Vereinbarkeit in der Steiermark nachschärfen, sie im Anschluss mit den Entscheidungsträgern besprechen und in Umsetzung bringen.

DS: Wir möchten dazu beitragen, dass insbesondere junge Frauen echte Wahlfreiheit haben. Und das die Steiermark als Industriestandort an Attraktivität gewinnt.



„Wir möchten dazu beitragen, dass insbesondere junge Frauen echte Wahlfreiheit haben.“

Dominik Santner



digiTALENTE Styria widmet sich dem Distance Learning

Umfragen unter Lehrenden und Studierenden zeigen, dass Eigenverantwortung und digitale Kompetenzen bei Schülern in den letzten Monaten stark zugenommen haben. Jetzt gilt es, die Erfahrungen für digital unterstützte Pädagogik auch nach Corona zu nutzen.

Industriellenvereinigung (IV) Steiermark, Pädagogische Hochschule (PH) und Bildungsdirektion Steiermark luden bereits zum dritten Mal zum Symposium „digiTALENTE“. War bei den Symposien im Mai 2017 und Februar 2020 an einen derart umfassenden Einsatz digitaler Lehrmittel nicht zu denken, standen diesmal Erfahrungen mit und Lehren aus der Zeit des Distance Learnings im Fokus der virtuellen Tagung mit steirischen Pädagogen.

Grundlage der Diskussion waren von der PH in Kooperation mit der IV-Steiermark und der Bildungsdirektion durchgeführte Studien mit über 1.500 Pädagogen, Lehramtsstudierenden sowie PH-Professoren, um mehr über Effekte und Erfolge, aber auch Hindernisse und Probleme des Distance Learnings zu erfahren. Die Ergebnisse der Erhebungen machen deutlich, dass das Distance Learning sehr klare Stärken, aber auch Probleme mit sich bringt. Von den befragten Pädagogen wird die einfache Distribution von Unterrichtsmaterialien, aber auch erleichterte Organisation und Koordination von beispielsweise Aufgaben als sehr positiv hervorgehoben. Und auch wenn alle Befragten den direkten Kontakt mit den Schülern naturgemäß bevorzugen, ist es dennoch 70 Prozent gelungen, in Interaktion mit den Lernenden zu treten und guten Kontakt zu halten. Ein weiterer Vorteil des Digitalisierungsschubs ist laut steirischen Pädagogen der beschleunigte Auf- und Ausbau digitaler Kompetenzen – bei Lehrenden wie bei Lernenden. Ein Umstand, den es aus Sicht der IV-Steiermark jedenfalls auch für die Zeit nach Corona zu nutzen gilt. Die nunmehr gesammelten Praxiserfahrungen mit digitalen Lehr- und Lernmitteln stellen für die Ausgestaltung eines modernen Unterrichts eine wesentliche Grundlage dar und zeigen, wie in weiterer Folge Digitalisierung zur Individualisierung

im Unterricht führen kann. Auch wenn in der aktuellen Distance Learning-Phase die Differenzierung von Lerninhalten noch nicht gelungen ist, liegt in der individuellen Ausgestaltung von Lernwegen und der dadurch möglichen Förderung persönlicher Lernziele der wohl größte Mehrwert von Digitalisierung im Bildungskontext. Die nun erworbenen Kompetenzen müssen demnach nicht nur abgesichert, sondern ausgebaut und kontinuierlich erweitert werden.

Digitale Kompetenzen und Eigenverantwortung stark gestiegen

Wie die Umfrage unter den Pädagogen zeigt, konnten aber nicht nur die Digital-Kompetenzen bei Lehrenden wie Lernenden deutlich ausgebaut werden, sondern auch Fähigkeiten, die gerade für das spätere Berufsleben der Jugendlichen von großer Bedeutung sind. So geben die Befragten an, dass Jugendliche in den vergangenen Monaten ihren Alltag sehr selbstständig und eigenverantwortlich gestaltet haben – ein wichtiger Entwicklungsschritt.

Klare Struktur und Interaktion entscheidend für Lernerfolg

Die Ausführungen der Impulsgeber und PH-Professoren Harald Burgsteiner, Johannes Dorfinger sowie Georg Krammer im Rahmen der virtuellen „digiTALENTE Styria“ zeigten, dass neben der Infrastruktur für die digitale Vermittlung vor allem pädagogische Konzepte und didaktisches Gespür entscheidend sind. Grundlage der Aussage bildet neben der Umfrage unter Pädagogen auch eine aktuelle Erhebung unter Lehramtsstudierenden. Seitens PH-Studierenden wurde etwa angegeben, dass eine klare Struktur und Lernziele im Onlineunterricht sehr hilfreich seien, ebenso wie die Erreichbarkeit der Lehrkräfte. Für ein positives Online-Lernerlebnis würden außerdem selbsterklärende Arbeitsaufträ-

ge sorgen. Eine hohe Leistungsmotivation werde nach Angabe der Studierenden zudem erreicht, wenn auch virtueller Raum für soziale Interaktion geschaffen wird.

Dank an die Pädagogen

PH, Bildungsdirektion und IV-Steiermark nutzten die Gelegenheit, den rund 150 Teilnehmern an „digiTALENTE Styria“ stellvertretend für alle steirischen Pädagogen zu danken. Es ist den Lehrkräften mit viel persönlichem Engagement gelungen, dass Schule auch inmitten dieser herausfordernden Zeit gut funktioniert hat. Die neu erworbenen Kompetenzen zeigen, dass sich der Einsatz gelohnt hat und durch konsequentes Zunutzemachen der Digitalisierung die Früchte der harten Arbeit der vergangenen Monate nachhaltig geerntet werden können.

SYMPOSIUMSREIHE: DIGITALENTE STYRIA

„digiTALENTE Styria“ ist eine Veranstaltungsreihe, initiiert von der Industriellenvereinigung Steiermark in Kooperation mit der Pädagogischen Hochschule (PH) sowie der steirischen Bildungsdirektion. Bereits zum dritten Mal wird Pädagogen die Möglichkeit geboten, sich rund um Digitalisierung im Schulalltag auszutauschen, Good Practice-Beispiele kennenzulernen sowie neue Technologien zu erkunden. Diesmal alles im Lichte der Corona-Pandemie, die für einen massiven Schub in Sachen Digitalisierung der Schulen gesorgt hat. Der Fokus der dritten Ausgabe liegt auf den Ergebnissen zweier Umfragen, die sich mit virtuellem Lehren und Lernen beschäftigten.



Wenn man uns lässt

Die Industrie-Ampel steht, genauso wie die Corona-Ampel, bei Weitem noch nicht auf Grün, die Zukunftsperspektiven sind aber äußerst positiv, trotz oder vielleicht sogar wegen Zeiten wie diesen. Die Auftragsbücher sind nicht voll, sie sind aber besser belegt, als das vor einigen Monaten zu erwarten war. Die Industriebetriebe bestehen mit Zuversicht, Vision und mutigen Entscheidungen in einer volatilen Welt. Es haben sich ungeahnte Chancen eröffnet. Da wissen sie anzupacken und nach vorne zu blicken. Das liegt in ihrem Wesen.

Im Vertrauen in die Industrie und in das Wachstum, das sie generieren kann, muss jetzt auch die Politik begleitend wesentliche Schritte setzen. Eine Priorisierung von reisenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und generell von Schlüsselkräften der Industrie in der Umsetzung der Impfstrategie ist einer dieser Schritte. Wenn die Reisetätigkeit in Europa und in der Welt wieder aufgenommen werden kann, müssen steirische Monteure und Vertriebsmitarbeiterinnen unter den ersten sein, die ihre Baustellen und ihre Kunden vor Ort ohne Einschränkungen servizieren können.

Unternehmen und Investoren die Sicherheit zu geben, dass sie gerade unter diesen Bedingungen mit keinen neuen Steuern und Belastungen zu rechnen haben, ist eine weitere essenzielle, politisch abzuschließende Pflichtaufgabe. Alleine schon die Diskussion über jede Art von Besteuerung der Substanz, unter welchem Schlagwort und Deckmantel auch immer sie getarnt sein mag, ist als absolut falsches Zeichen und als aufschwungs- wie auch als wohlstandsgefährdend zu werten. Dazu demotivierend, um sich in Österreich oder der Steiermark überhaupt oder verstärkt zu engagieren.

Leider ist das gerade vor Kurzem – und noch dazu diesmal beispiellos in überaus niveauloser Form – seitens einer Teilorganisation einer Arbeitnehmervertretung geschehen. Es ist für mich unglaublich, wie populistisch, kurzsichtig und polarisierend hier agiert wurde. In einer Zeit, in der wir mehr denn je auf gegenseitiges Vertrauen und gemeinsame Ziele setzen sollten und das auch wollen. Die Industrie ist gut darin, Krisen zu überwinden. Das hat sie nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 bewiesen. Sie wird das Land und seine Menschen auch jetzt wieder aus dem Tal der Mut- und Orientierungslosigkeit holen. Wenn man sie lässt. Darauf vertrauen wir.

Ihr 

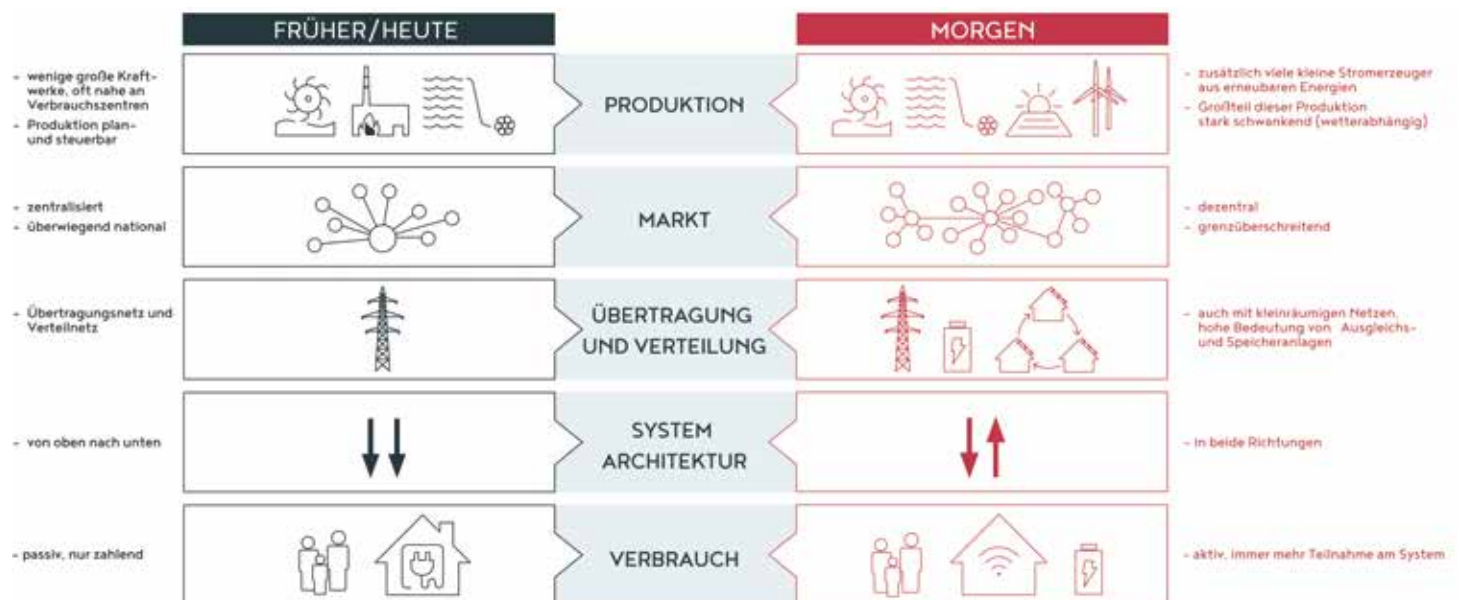
Stefan Stoltzka,
Präsident der IV-Steiermark

Blackout: Wenn mehr als nur der Strom ausfällt

Österreich ist als moderner Wirtschafts- und Industriestandort auf eine zukunftsfähige, sichere Energieversorgung im Strombereich angewiesen. Schon geringe Spannungsschwankungen können zu massiven Produktionsstörungen oder Ausfällen bzw. der Gefährdung von Lieferketten führen. Über mögliche Ursachen und Auswirkungen diskutierte eine hochkarätige Expertenrunde.

Handelsströme werden auch im Strombereich weiträumiger und volatiler. Gerhard Christner (Austrian Power Grid AG) führte im Rahmen einer IV- und WdF Steiermark-Diskussionsveranstaltung aus, dass der Stromhandel starke Stromflüsse aus Deutschland nach Österreich und Süd-Osteuropa bewirke und fehlende Kapazitäten im Übertragungsnetz umfassende und kostenintensive Notmaßnahmen erfordern würden. Insbesondere das Ziel, bis 2030 Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen zu erzeugen, und die enorm steigende Komplexität würden einen Totalumbau des Stromnetzes erforderlich (siehe Grafik).

Von lokalen wie regionalen Herausforderungen, die sich aus der Dekarbonisierung ergeben, berichtete auch Franz Streppl (Energienetze Steiermark GmbH). Sowohl ein massiver Netzausbau auf allen Netzebenen als auch die Digitalisierung des Netzbetriebes in den Verteilernetzen seien erforderlich, um den dezentralen Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung, aber auch der neuen Verbraucher, wie z.B. E-Mobilität oder Wärmepumpen, zu ermöglichen. Beides erfolge im Übrigen überwiegend durch österreichische Firmen und Dienstleister mit großer lokaler Wertschöpf-



fung und hohem Beschäftigungsgrad. Als wesentlichsten Hebel sieht Streppl stabile regulatorische Rahmenbedingungen und entsprechende Investitionsanreize. Neben den vielen Maßnahmen zur Verhinderung eines Blackouts und den Konzepten zum schrittweisen Wiederaufbau der Netze wurden auch die möglichen Auswirkungen diskutiert, die vor allem auch den produzierenden Sektor empfindlich treffen könnten. Markus Ritter (Stahl- und

Walzwerk Marienhütte GmbH) führte aus, dass schon geringe Störungen bzw. Unterbrechungen zu massiven Problemen in der Produktion führen können. Produkte wie auch Maschinen und Anlagen könnten dadurch erheblichen Schaden nehmen, sodass die Industrie von kurzzeitigen Ausfällen in einer völlig anderen Dimension als etwa private Haushalte betroffen wäre. Abgerundet wurde die vielseitige Diskussion von Martin Rothbart (AVL List GmbH) mit

Hinweisen auf mögliche Veränderungen im Stromsystem, die sich aufgrund einer in Richtung Elektroantrieb verändernden Mobilität ergeben könnten.

INFORMATION

Präsentations-Unterlagen der Veranstaltung können Sie anfordern unter: steiermark@iv.at

AKTUELLES IN KÜRZE

Digitale Qualifizierung – jetzt maßgeschneiderte Angebote nutzen!

Qualifizierungsmaßnahmen begleiten lebenslang und haben gerade Hochsaison. Vor allem jene, die ins Feld der Digitalisierung reichen und somit fit für neue Prozesse und Geschäftsmodelle machen. Auf Basis zahlreicher Unternehmensrückmeldungen aus der steirischen Industrie zum Qualifikationsbedarf im Be-

reich Informatik und Digitalisierung hat die IV-Steiermark gemeinsam mit der FH Joanneum passgenaue Qualifizierungsangebote für Beschäftigte in den Bereichen Software Engineering, IT-Security und IT-Infrastruktur erarbeitet. Von ersten Programmierungskennnissen über IT-Sicherheit bis hin zu Mobile Development werden in kom-

pakten Einheiten digitale Skills vermittelt, die ab sofort für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Unternehmen zur Verfügung stehen und von AMS und SFG gefördert werden können.

- Mobile Development
- Usability, UX und Accessibility
- Aktuelles aus dem WEB-Bereich

WEBTIPP

Nähere Details und Anmeldung unter: steiermark.iv.at/weiterbildung

Nächste Kurse im März/April/Mai:
• Basisausbildung Penetration Testing

Einladung zum Konjunkturgespräch Steiermark Online 2021

Die Raiffeisen-Landesbank Steiermark und die Industriellenvereinigung Steiermark laden am 07. April um 16:00 Uhr zur Neuauflage des 31. Konjunkturgesprächs Steiermark ein.

der Wirtschaft nach der Krise. Außerdem wird es neben den fachlichen Impulsen rund um das Leitthema „Zurück in die Zukunft: Generation Z als Wirtschaftsmotor“ auch die Möglichkeit der Interaktion geben.

WEBTIPP

Nähere Infos und kostenlose Anmeldung unter: konjunkturgespraech.at

**KONJUNKTURGESPRÄCH
STEIERMARK ONLINE 2021**

„ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT: GENERATION Z ALS WACHSTUMSMOTOR“